

AHV-Revision: «Staatsbeitrag wird höher ausfallen»

PATRIK SCHÄDLER

SCHAAN. «Der vorgeschlagene Staatsbeitrag an die AHV von 20 Millionen Franken wird nicht zu halten sein, dies haben die politischen Diskussionen gezeigt.» Dies sagte gestern Regierungsrat Mauro Pedrazzini im Rahmen der sehr gut besuchten Informationsveranstaltung der LLB Vorsorgestiftung in Schaan.

Die von der Regierung vorgeschlagene Senkung des Staatsbeitrages von heute über 50 Millionen auf 20 Millionen Franken war bereits in der ersten Lesung

der AHV-Revision im Landtag im Dezember 2015 heftig umstritten. «Mit der VU ist eine Senkung des Staatsbeitrages nicht zu machen», erklärte VU-Fraktions-sprecher Christoph Wenaweser damals in der Eintretensdebatte. Die Landtagsfraktion der FBP hat sich auf 30 Millionen Franken festgelegt. Und auch die Freie Liste bezeichnete den Kürzungsvorschlag als «zu rigoros».

Regierungsrat Mauro Pedrazzini und Regierungschef Adrian Hasler sprachen sich damals noch dezidiert für die Kürzung des Beitrages an die AHV aus,

«da dieses Geld dem Staat schlicht nicht zur Verfügung stehe». Mit der gestrigen Aussage des Gesellschaftsministers ist klar, dass ihn nun die politische Realität bei diesem wichtigen Reformpaket eingeholt hat.

Entscheidungen im Mai-Landtag

Die Regierung wird in den nächsten Wochen den Bericht mit den aufgeworfenen Fragen aus der ersten Lesung verabschieden. Wie der künftige Staatsbeitrag an die AHV aussehen wird, ist noch nicht klar. Regierungsrat Mauro Pedrazzini

zeigte gestern lediglich die verschiedenen Optionen auf. Somit darf man gespannt sein, auf welche Lösung sich die Regierung einigen wird. Ebenfalls im Mai-Landtag wird in zweiter Lesung die «Revision des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge BPVG» behandelt. Die Reform der 2. Säule wurde gestern von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer präsentiert. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, dass er keine wesentlichen Änderungen zur ursprünglichen Vorlage vorschlagen wird.

► INLAND 3

Reformen für die Altersvorsorge nötig

Die LLB Vorsorgestiftung hat mit der gestrigen Informationsveranstaltung unter dem Titel «Ist eine AHV- und PK-Revision notwendig?» einen guten Riecher gehabt. Über 200 Personen liessen sich aus erster Hand über die geplanten Reformen informieren.

PATRIK SCHÄDLER

SCHAAN. Die Antwort auf die Abendfrage, ob die AHV- und PK-Revision notwendig ist, gab Eduard Zorc, Stiftungsratspräsident der LLB Vorsorgestiftung, schon in seinen Einleitungsworten. Da wir immer älter werden und der Anteil der Rentner immer grösser wird, sind Reformen für die Altersvorsorge unumgänglich. Dazu komme noch das historisch tiefe Zinsniveau, so Zorc. Die LLB Vorsorgestiftung konnte den über 200 Interessierten als Referenten zur geplanten AHV-Revision Regierungsrat Mauro Pedrazzini und zur PK-Revision Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer präsentieren.

Sparen fördern

Regierungsrat Mauro Pedrazzini erklärte zu Beginn seines Referates, dass das tolle 3-Säulen-

Modell für die Altersvorsorge in Liechtenstein leider nicht mehr so gut funktioniere, wie es auf den ersten Blick scheine. Er begann bewusst mit der Dritten Säule, den persönlichen Ersparnissen. «Damit war früher das abbezahlte Haus gemeint, wodurch in der Pension nur noch der Unterhalt anfiel», so der Gesellschaftsminister. Heute seien in Liechtenstein 50 Prozent Mieter, wodurch dieser Aspekt weg falle. Dazu käme bei der jüngeren Generation der «American Way of Life». «Unabhängig vom Gehalt ist das Konto Ende Monat auf null», so Pedrazzini. Die Sparsamkeit sei deshalb wieder verstärkt zu fördern.

Höhere Lebenserwartung

Dies aber nicht nur in der Dritten Säule, sondern auch in der Ersten, der AHV. «Die AHV sieht auf den ersten Blick reich aus, daher scheint der Druck, zu

handeln, zunächst klein», sprach der Minister den AHV-Fonds an, welcher derzeit für 10 Jahresausgaben reicht. «Doch die Beiträge reichen seit 2003 nicht mehr aus, um die Renten zu bezahlen.» Dieser Dramatik seien sich viele in Liechtenstein nicht bewusst. Ein konkreter Grund ist die demografische Entwicklung: Die Lebenserwartung ist allein in den letzten 15 Jahren bei den Männern um 30 Prozent und bei den Frauen um 19 Prozent gestiegen. Zudem ist der «Pillknick» bereits bei den 40- bis 49-Jährigen in den Statistiken sichtbar. «Je länger wir warten, desto stärker müssen die Massnahmen sein», erklärte Pedrazzini. Die Regierung hat deshalb dem Landtag eine Reform der AHV unterbreitet, um das Umlagendefizit zu bremsen. Dazu gehören unter anderem die Senkung des Staatsbeitrages von über 50 Millionen auf 20 Millionen Franken, eine Erhöhung des Rentenalters und eine lebenslange Beitragspflicht auf den Erwerb. Die Diskussionen rund um das Massnahmenpaket bezeichnete er als «politische Gummizelle». Man müsse sich so bewegen, dass bei allen Massnahmen möglichst alle gleich betroffen seien. Er hofft aber, dass die Reform im Landtag eine Mehrheit findet. «Die Einnahmen und Ausgaben der AHV müssen ins Gleichgewicht kommen. Alles andere sind Scheinlösungen», so Mauro Pedrazzini. Die «geänderten Rahmenbedingungen» sind auch für Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer der Grund,



Bilder: Daniel Schwendener

Informierten über die Reformen in der Altersvorsorge: Bruno Matt, Geschäftsführer der LLB Vorsorgestiftung, Regierungsrat Mauro Pedrazzini, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Eduard Zorc, Stiftungsratspräsident der LLB Vorsorgestiftung, und LLB-CEO Roland Matt.

dass das Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge BPVG reformiert werden muss.

43,3 Prozent mehr Rentner

Dieses Gesetz, den meisten besser als «Pensionskasse» bekannt, wurde 1989 eingeführt und ist gemäss Zwiefelhofer eine Erfolgsgeschichte. Doch auch hier macht sich die demografische Entwicklung bemerkbar. Von 2007 bis 2014 ist der Anteil der Rentner um 43,4 Prozent gestiegen, jener der Erwerbstätigen aber nur um 13,8 Prozent. «Gemäss den Berechnungen werden 2020 auf einen Rentner nur noch 3,5 Erwerbstätige fallen», so der

Regierungschef-Stellvertreter. Ziel der Reform sei es, eine bessere Absicherung im Ruhestand für die Arbeitnehmer zu erreichen. «Vor allem für die Arbeitnehmer im niedrigen und mittleren Einkommensbereich», erklärte Zwiefelhofer. Der Preis dafür ist die Erhöhung der Lohnnebenkosten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. «Hier ist die Balance zu finden zwischen der Verbesserung der Altersvorsorge und den attraktiven Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.» Aus diesem Grund soll die liechtensteinische Lösung weiterhin liberaler ausgestaltet sein als beispielsweise die Lösung in der

Schweiz. So soll das Leistungsniveau von bislang mindestens sechs Prozent auf neu mindestens acht Prozent angehoben werden. «Der Arbeitgeber ist aber frei, mehr in die Vorsorge der Mitarbeiter zu investieren, als das Gesetz vorsieht», so der Wirtschaftsminister. Neben dieser Leistungserhöhung um zwei Prozent soll künftig der gesamte Jahreslohn versichert werden, die Beitragspflicht ab 19 Jahren beginnen und die Eintrittsschwelle für die Versicherungspflicht auf 13 920 Franken gesenkt werden. Beide Reformen sollen im Mai-Landtag verabschiedet werden.



Über 200 Personen wollten mehr über die Reformen erfahren.